

Neue Wege in der Bildungspolitik unseres Landes

Die Klagen der Wirtschaft und der Hochschulen über immer schlechtere Schulabsolventen, wie auch die Ergebnisse der letzten Pisa-Studie sowie die immer größer werdende Anzahl von Jugendlichen ohne Schulabschluss zeigen die Notwendigkeit für Veränderungen in unserem Bildungssystem auf.

Das neue Schulgesetz vom Januar 2007 sieht neben dem Gymnasium nur noch zwei weiterführende Schularten vor: die Regionalschule und die Gemeinschaftsschule. Das Gesetz führt zu tief greifenden Veränderungen in der Schulstruktur und ist eine große Herausforderung für die Schulträger, Lehrer, Eltern, Schüler und Schulen im ganzen Land. Zu dem führt dieses Gesetz auch zu einer Konkurrenzsituation zwischen den zwei neu geschaffenen Schularten. Dieses kann und darf nicht Sinn und Zweck eines Schulgesetzes sein. Die Schularten in Schleswig-Holstein sollten keinen Wettbewerb um Schülerzahlen führen, sondern sich den Bedürfnissen und Erfordernissen der Schüler widmen. Daher fordert die Junge Union das 2-gliedrige Schulsystem für unser Land. Wir fordern neben dem Gymnasium nur eine weitere Schulart, die „Regionalen Schulzentren“. Für die Junge Union Schleswig-Holstein ist es wichtig, differenzierten Unterricht zu ermöglichen und eine Einheitsschule zu vermeiden.

1. Weiterführende Schularten

b) Gymnasien

Die Junge Union Schleswig-Holstein begrüßt ausdrücklich die bisher umgesetzten Reformen an Gymnasien, die durch das neue Schulgesetz beschlossen wurden. So wurden einige zentrale Forderungen der Jungen Union der letzten Jahre umgesetzt. Dies sind zum Beispiel, das Abitur nach 8 Jahren, die Profiloberstufe und das Zentralabitur.

Eine konsequente Umsetzung dieser Reformen im Sinne des Schülers und des gymnasialen Bildungsstandards muss somit ein vordringliches Anliegen der Bildungspolitik in unserem Land sein. Die durch die Reform freiwerden Gelder dürfen nicht mehr ungleich verteilt werden. Es darf nicht sein, dass nur die Regional- und Einheitsschule von den Schulschließungen und den erhöhten Bildungsausgaben aus den Länder- und Kommunalhaushalten profitieren. Die Junge Union Schleswig Holstein fordert die Landesregierung auf die Gelder Schulformübergreifend gleichmäßig zu verteilen, z.B. nach Schülerzahlen.

a) „Regionale Schulzentren“

Die Junge Union Schleswig-Holstein hält die Zusammenlegung der Haupt – und Realschulen sowie der Gesamt – bzw. Einheitsschulen zu „Regionalen Schulzentren“ für einen unausweichlichen Schritt, weil er den demographischen Veränderungen der

Gesellschaft und Veränderungen in der Struktur der Berufsausbildung genüge tut. So ist zum einen absehbar, dass in den nächsten Jahren die Schülerzahlen deutlich zurückgehen werden und es insbesondere im ländlichen Raum schwierig sein wird, Schulstandorte flächendeckend zu erhalten. Die Zusammenlegung aller Haupt- und Realschulen zu „Regionalen Schulzentren“ ist ein Beitrag die Anzahl der Schularten im schleswig-holsteinischen Bildungssystem überschaubar zu halten und zu gleich der Schritt zur Beendigung des schulpolitischen Grabenkampfes.

Die „Regionalen Schulzentren“ brauchen eine angemessene Personalausstattung, die über Lehrkräfte hinaus auch Schulpsychologen und Sozialpädagogen umfasst, um Lernschwächen, Defizite im Sozialverhalten und mangelnde Deutschkenntnisse von Schülern auszugleichen. „Regionale Schulzentren“ müssen Bildungschancen erhöhen und dürfen diese nicht durch neu geschaffene heterogene Lerngruppen verschlechtern. Die neue Schulart bringt neue Lern- und Lehrkonzepte mit sich, auf die auch die Lehrer mit einem umfassenden Weiterbildungsprogramm vorbereitet werden müssen.

Wie auch an der Regionalschule können auch in dieser neuen Schulform sowohl der Hauptschul – als auch der Realschulabschluss abgelegt werden. Eine Binnendifferenzierung findet statt. Eine gymnasiale Oberstufe ist an den „Regionalen Schulzentren“ in der Regel nicht vorgesehen, jedoch muss die Durchlässigkeit des Schulsystems gewährleistet werden. Schülern mit einem überdurchschnittlich guten Realschulabschluss muss ein barrierefreier Weg in die Oberstufe der Gymnasien offen stehen. Absolventen mit gutem Abschluss soll nach einer erfolgreich abgelegten zentralen Aufnahmeprüfung, die Möglichkeit gegeben werden das Abitur nachzuholen.

c) Privatschulen

Die Junge Union unterstützt zudem private Initiativen zur Gründung von Schulen mit besonderen Lernkonzepten. Privatschulen sollten auch weiterhin staatlich unterstützt werden und Bestandteil der Schullandschaft sein. Dennoch sind einzelne private Initiativen nicht die Lösung für die drängenden Probleme unseres Schulsystems. Privatschulen können daher nur ein ergänzendes Angebot sein.

2. Schulentwicklungspläne

Mit dem neuen Schulgesetz ist auch die Schulentwicklungsplanung verändert worden. Zukünftig werden neben den Schulträgern auch die Kreise eine größere Bedeutung in der Schulentwicklungsplanung bekommen. Das Ergebnis sind Entwicklungspläne, die sowohl in den Kreisen als auch in den Gemeinden bzw. Schulverbänden voneinander unabhängig aufgestellt werden. Obwohl der Schulgesetzentwurf ein „harmonisches Zueinanderpassen“ der Schulentwicklungspläne vorsieht, ist davon auszugehen, dass gerade in strittigen Fragen konkurrierende Schulentwicklungspläne aufgestellt werden. Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich daher gegen die getroffene Regelung aus und fordert eine einheitliche und verbindliche Schulentwicklungsplanung der Kreise.

3. Der Lehrerberuf

Die neu geschaffene Schulart führt zu einer starken Veränderung an die Anforderungen an die Lehrerausbildung in Schleswig-Holstein. Daher fordert die Junge Union Schleswig-Holstein die Ausbildung der Lehrer nicht wie bestehend in die Studiengänge (1) Grund- & Hauptschullehramt, (2) Realschullehramt und (3) Gymnasiallehramt aufzugliedern, sondern eine Aufgliederung in (1) Grundschullehramt, (2) Lehramt für „Regionale Schulzentren“ und (3) Gymnasiallehramt vorzunehmen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher, das Lehramtsstudium praxisnäher zu gestalten. Ein pädagogisches Grundpraktikum ist als Zulassungsvoraussetzung für das Lehramtsstudium einzuführen. Die Junge Union begrüßt außerdem das 3 Praktika während des Studiums eingeführt wurden. Dadurch ist gewährleistet, dass Lehramtsanwärter schon während des Studiums einen Eindruck über den späteren Beruf gegeben wird. Aber nicht nur die Praxisnähe muss gewährleistet sein. Die Studiengänge müssen zielgerichteter ausgelegt und an die Lehrpläne angepasst werden. Auch der pädagogische Anteil des Studiums muss einen Bezug zur Realität erhalten.

Auf Grund des herrschenden und sich verstärkenden Lehrermangels fordert die Junge Union Schleswig-Holstein Quereinsteigern auch für wenige Jahre die Tätigkeit als Lehrkraft zu ermöglichen. Voraussetzung dafür sollte ein Hochschulstudium oder eine ähnliche Qualifikation (z.B. Meisterbrief) sein. In einem mehrwöchigen Vorbereitungskurs sollten die Quereinsteiger auf ihre Unterrichtstätigkeit vorbereitet werden und danach mit einem über mehrere Jahre befristeten Arbeitsvertrag in den Schuldienst übernommen werden. Lehrer aus der Berufspraxis können überaus bereichernd für die Schule sein, weil sie andere Erfahrungen als herkömmliche Lehrkräfte mitbringen.

Darüber hinaus setzt sich die Junge Union Schleswig-Holstein für die Einführung von „Kurzzeitlehrern“ aus der Wirtschaft ein. Ziel ist eine engere Vernetzung zwischen Schule und Wirtschaft. Schüler könnten beispielsweise in den Klassenstufen 8 und 9 im Rahmen von Pflichtarbeitsgemeinschaften von Beschäftigten aus der freien Wirtschaft unterrichtet werden. Solche „Kurzzeitlehrer“ könnten gerade aus der Berufstätigkeit heraus die Fähigkeiten fördern, welche später tatsächlich von den Schulabgängern verlangt werden.

Grundsätzlich muss es gesellschaftliches Ziel sein, dass der Lehrerberuf wieder an Attraktivität gewinnt und für viele Abiturienten zu einer beliebten Berufsoption wird. Nach Auffassung der Jungen Union Schleswig-Holstein sollte der Lehrerberuf „Autorität und Vorbild“ verkörpern. Gerade an Grundschulen wäre es wünschenswert, dass auch der Anteil an männlichen Lehrkräften wieder ansteigt. Um dieses Ziel zu erreichen, fordert die Junge Union Schleswig-Holstein, bei gleicher Qualifikation an Grundschulen bevorzugt männliche Bewerber einzustellen.

Krankheitsfälle und der schon herrschende Lehrermangel stellt für Schulen eine große Herausforderung dar. Die Bemühungen der Landesregierung, den Stundenausfall zu reduzieren, reicht immer noch nicht aus. Die Junge Union Schleswig-Holstein spricht sich gegen Maßnahmen wie das „Eigenverantwortliche Arbeiten“ aus und fordert den Ersatzlehrerpool weiter auszubauen. Darüber hinaus unterstützt die Junge Union Schleswig-Holstein, dass in plötzlichen Krankheitsfällen Lehramtsstudenten als „Springer“ eingesetzt werden.

4. Berufsvorbereitung

Immer mehr Firmen beklagen die realitätsfernen Vorstellungen von Schulabgängern von ihrem zukünftigen Berufsleben. Die Schulen sollten daher Schülern mehr Möglichkeiten bieten, während der Schulzeit Praktika zu absolvieren, denn jedes Praktikum fördert den Schüler in seiner persönlichen Entwicklung und bereitet diesen wiederum auf die Berufswelt vor. Außerdem sollten die Schulen ihre Schüler frühzeitig mit Bewerbungstrainings in Zusatzstunden schulen, da heutzutage viele Schüler nicht wissen, wie eine vernünftige Bewerbung formuliert wird und wie man sich bei einem Vorstellungsgespräch zu verhalten hat.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert auf Grund dessen, in kontinuierlichen Abständen mindestens 3 verpflichtende Praktika für jeden Schüler durchzuführen, von denen mindestens eins den Schüler auf sein späteres Berufsleben vorzubereiten hat. Hierdurch soll dem Schüler ein reales Bild seines zukünftigen Berufes vermittelt werden.

5. Kopfnoten

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert die Wiedereinführung der Kopfnoten ab Klassenstufe 1. Diese sollen Betragen im Unterricht, Fleiß, Soziales Verhalten und Mitarbeit im Unterricht umfassen.

Diese Wiedereinführung ist notwendig geworden, da sich viele Schüler in den genannten Punkten selber nicht mehr richtig einschätzen können. Eine Einschätzung in diesen Bereichen ist aber für den weiteren beruflichen Lebensweg zwingend erforderlich.

Für die Kommission Bildung verantwortlich:

Lena Stiehm